

# Pöfener Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Pöfen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
(4 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amthches.

Berlin, 25. Jan. Sr. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in München, Prinzen zu Coewenstein-Wertheim-Freudenberg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Stadt- und Kreisgerichtsrath, Kanzleirath Sabusch zu Magdeburg, dem Steuerassistenten Barukly zu Düsseldorf, und dem Organisten und Chorleiter der Gesandtschaftskapelle in Rom, Eduard Schulz, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Gymnasiallehrer Kniebe zu Minden, und dem einjährigen Freiwilligen, Gefreiten Drenberg im 5. Jäger-Bataillon, die Kettungsmedaille am Bande; ferner dem Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Rübbaum zu Rathenow den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verliehen; den bisherigen Superintendenten und Pfarrer Baron in Krummendorf zum Konsistorial- und Regierungsrath bei der Regierung in Oppeln; und den bisherigen Privatdozenten Dr. Adalbert Gubulski in Berlin zum ordentlichen Professor der slavischen Literatur und Sprachen an der Universität in Breslau zu ernennen; so wie die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Schürmann zu Münster zum Direktor des Gymnasiums zu Rempen zu bestätigen; auch dem Adjutanten bei der Kommandantur der Bundesfestung Mainz, Hauptmann Erni, des 40. Infanterieregiments (S. Reserve-Regiments), und dem Oberstabs- und Garnisonarzt, Dr. Selle, in der gedachten Bundesfestung, die Erlaubniß zur Anlegung der von des Kaisers von Oestreich Majestät und des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königlicher Hoheit ihnen verliehenen Orden, und zwar, ersterem des Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse, und letzterem des Ritterkreuzes erster Klasse vom Verdienstorden Philipps des Großmüthigen; so wie dem ordentlichen Professor der Rechte an der Universität zu Berlin, Dr. Sneyt, zur Anlegung des von des Herzogs zu Sachsen-Koburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen silbernen Kreuzes vom Herzog. Sachsen-erzherzoglichen Haus-Ordens zu ertheilen.

Der Landgerichtsassessor Johann Wilhelm Quack zu Düsseldorf ist zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gladbach ernannt worden.  
Der ordentliche Lehrer Dr. Schipper an dem Gymnasium zu Münster ist zum Oberlehrer befördert, und der ordentliche Lehrer Dr. Tücking von dem Gymnasium zu Godesfeld an das Gymnasium zu Münster versetzt; der Kaplan van Enderl als ordentlicher Religionslehrer bei dem Gymnasium zu Münster angestellt; und an der Realschule zu Pöfen die Anstellung des Lehrers Falitz als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

## Telegramme der Pöfener Zeitung.

London, 24. Jan., Mittags 2 Uhr. Ihre Majestät die Königin hat das Parlament in Person eröffnet. In der Thronrede heißt es: Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind fortwährend auf freundschaftlichem und befriedigendem Fuße. Beim Schlusse der letzten Session benachrichtigte Ich Sie, daß Mir Eröffnungen gemacht worden seien, mit der Anfrage, ob Ich, wofern eine Konferenz der europäischen Großmächte Behufs Arrangements der gegenwärtigen und zukünftigen Lage Italiens stattfinden würde, dazu einen Bevollmächtigten senden wolle. Seitdem erhielt Ich eine formelle Einladung vom Kaiser der Franzosen, einen Bevollmächtigten zu einem Kongresse abzusenden, der aus den Vertretern der acht bei dem Wiener Vertrage von 1815 theilhaftigen Mächten bestehen solle. Der Zweck des Kongresses sollte sein, Mittheilungen über die Züricher Verträge entgegenzunehmen und in Gemeinschaft mit den, den genannten Mächten noch zugezogenen Höfen von Rom, Sardinien und Neapel die besten Mittel zu erwägen, wie Italien zu pazifizieren und dessen Wohlfahrt auf solider und dauerhafter Basis zu begründen sei.

Jederzeit von dem Wunsche beseelt, an Maßnahmen Theil zu nehmen, welche die Erhaltung des Friedens bezwecken, nahm Ich die Einladung an, gab jedoch gleichzeitig zu wissen, daß Ich bei einem solchen Kongresse das Prinzip strenge festhalten würde, daß keine äußere Gewalt gebraucht werden dürfe, dem Volke Italiens irgend welche besondere Regierung oder Verfassung aufzulegen. Es sind Umstände eingetreten, welche die Verschiebung des Kongresses veranlassen, ohne daß der Tag für dessen Zusammenritt festgesetzt worden wäre. Aber sowohl im Kongresse wie bei Separatverhandlungen werde ich bestrebt sein, für das Volk Italiens die Freiheit gegen auswärtige gewaltsame Einmischung in dessen inneren Angelegenheiten zu erhalten, und Ich hoffe zuversichtlich, daß die Angelegenheiten der italienischen Halbinsel friedlich und befriedigend gelöst werden. Betreffende Aktenstücke sollen Ihnen bald vorgelegt werden.

Ich bin mit dem Kaiser der Franzosen in Verbindung getreten, um den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern auszudehnen und dergestalt die Bande freundschaftlicher Allianz zwischen beiden enger zu knüpfen. Nach einem zwischen Spanien und Marokko entstandenen Streite versuchte Ich leider vergebens einen Bruch abzuwenden.

Die Königin erwähnt ferner der gemeinschaftlichen Expedition gegen China, und daß sie erfreut sein würde, wenn der Kaiser von China friedlich nachgeben möchte. Die Königin thut dann der glücklich beigelegten Affaire von San Juan Erwähnung und hofft die freundschaftliche Erledigung der amerikanischen Grenzfrage. Die Thronrede kündigt ferner Finanzvorlagen an, um das Heer, die Flotte und die Verthei-

digungsanstalten des Landes auf wirksamen Fuß zu stellen; sie erwähnt dankend der Freiwilligenkorps, kündigt eine Reformbill nebst anderen, innere Fragen betreffenden Bills an, gedenkt des allgemein gesteigerten Wohlstandes, des Friedens und der Loyalität Englands, Indiens, sowie sämtlicher Kolonien.

London, Dienstag, 24. Jan. Der „Bohemian“ ist mit Nachrichten, die bis zum 13. d. reichen, aus Newhork eingetroffen. Nach denselben war zu Washington der Sprecher im Repräsentantenhause immer noch nicht gewählt. Aus Mexiko war die Nachricht eingegangen, das Miramon Veracrucis angegriffen habe und daß der Fall dieser Stadt wahrscheinlich sei.

Genua, Dienstag, 24. Jan. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel dauerte die Ministerkrisis daselbst fort. Troja und Murena sind berufen worden, ein neues Kabinet zu bilden. — Es werden fortwährend beim sardinischen Gesandten Marquis von Villamarina, der bei Hofe noch nicht empfangen worden, Karten abgegeben.

Neapel, Dienstag, 24. Jan. Man versichert, daß der Ministerpräsident Filangieri seine Dimission gegeben habe, nachdem vorher ein Ministerrath stattgehabt, in welchem der König die Frage angeregt hatte, mit der Armee dem Papste beizustehen.

(Eingegangen 25. Januar 8 Uhr Vormittags.)

London, Mittwoch 25. Januar. In der so eben beendeten Nachtsitzung des Unterhauses fand die Adressdebatte statt. Disraeli erklärte, er beabsichtige kein Amendement zu stellen, wolle aber doch sagen, daß der mit Frankreich geschlossene Handelsvertrag mit den englischen Freihandelsprinzipien unverträglich sei. Die Thronrede sei in Bezug auf Italien und Frankreich zweideutig, besonders in Betreff der übernommenen Verpflichtungen; er billige das Prinzip der Nicht-Intervention, welches Lord Russell durch die der französischen Regierung gemachten Anträge in Rücksicht auf die italienischen Verhältnisse gebrochen habe, und frage an, ob die Regierung den Kaiser Napoleon autorisire, dem Papste, falls derselbe die Romagna aufgeben, eine Garantie für das übrige Gebiet des Kirchenstaats zu versprechen?

Lord Palmerston erwidert: Der Handelsvertrag mit Frankreich sei unter der Bedingung abgeschlossen, daß das Parlament denselben genehmige. Es sei unwahr, daß mit Rücksicht auf Italien von Frankreich ein Allianzvertrag vorgeschlagen worden, welcher jede fremde Einmischung für einen casus belli erklärt. Die Uebereinkunft mit Frankreich beruhe lediglich auf dem Selbstbestimmungsrecht der Italiener. — Schließlich wird die Adresse angenommen.

Im Oberhause spricht bei der Adressdebatte Carl Grey die Hoffnung aus, es werde Englands Bemühungen gelingen, Italien zu voller Freiheit zu verhelfen. Er tadelt den Handelsvertrag mit Frankreich, und stellt ein Amendement wegen der Expedition nach China. Lord Derby greift ebenfalls die Politik der Minister an und wünscht die Zurückziehung aller fremden Truppen aus Italien. — Nach Verwerfung des erwähnten Amendements wird die Adresse angenommen.

(Eingeg. 25. Jan. 11 Uhr 35 Min. Vormittags.)

CH Pöfen, 25. Januar.

Der Kern der napoleonischen Politik löst sich jetzt mehr und mehr aus seinen Hüllen, und es ist wahrlich hohe Zeit! Fehlt es doch nicht an Männern von kurzsichtigem Urtheile, welche, obgleich keineswegs für die spezifischen Interessen und für die geheimen Absichten des Bonapartismus gewonnen, doch dem politischen Treiben des Kaisers der Franzosen aufrichtige Guldigungen darbringen, weil derselbe mit den Worten „Recht der Nationalitäten, Selbstbestimmung der Völker“, neuerdings auch mit gewissen Grundätzen einer gefunden Staatswirtschaft geschickt zu spielen weiß. Man wird der napoleonischen Politik nie das gebührende Recht widerfahren lassen, wenn man sich mit harmlosem Eifer in die Stichwörter festbittet, welche sie, wie magere Knochen, dem Heißhunger des großen Publikums hinwirft, während sie selbst stegestolz eine reiche Beute nach Hause trägt. Wir würden es als die größte und verderblichste Selbsttäuschung beklagen, in welche die europäischen Staatsmänner verfallen könnten, wenn sie irgend einen von den Tuilerien her ausgeworfenen Zanfapel, sei es die römische Angelegenheit, das Königreich Etrurien, die Erweiterung Piemonts zu einem norditalienischen Königreiche oder sonst irgend ein Projekt zur sogenannten Lösung der italienischen oder der orientalischen Wirren, als die brennende Frage des Tages betrachten sollten und nicht vielmehr ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, dem zu immer höherem Fluge anstrebenden Aar des Bonapartismus rechtzeitig die Schwingen zu stutzen. Es ist wahrlich nicht an der Zeit, auf

der Goldwage zu prüfen, ob ein Hinneigen der Tuilerienregierung zur freihändlerischen Praxis mehr dem eignen Lande oder dem auswärtigen Handel und namentlich dem industriemächtigen England zu Gute kommen werde; es läßt sich schwerlich mit dem Zirkel abmessen, wie groß das weltliche Gebiet des Papstes sein muß, damit das geistliche Oberhaupt der katholischen Christenheit sein Amt in voller Unabhängigkeit üben könne; es trifft nicht den Mittelpunkt der Situation, wenn man fromme Wünsche für die Wiedergeburt eines unabhängigen Italiens ausdrückt und die Gründung eines größeren Staates unter dem Scepter Victor Emanuel's als angemessenstes Mittel zu diesem Zwecke empfiehlt. Mögen die europäischen Diplomaten alle Fragen der Art in gründliche Erwägung ziehen, wenn keine dringendere Gefahr ihnen erstere Aufgaben stellt. Augenblicklich legt ein wichtigeres Interesse ihnen die Mahnung an das Herz, daß die ganze Situation mit ihren Verwickelungen und Unklarheiten das Werk eines zur europäischen Diktatur emporstrebenden Nachhabers ist, und gebietet ihnen sorgsam zu prüfen, aus welchen Motiven die so geschickt angeregten Kontroversen stammen und auf welche Ziele sie gerichtet sind.

Als es der französischen Politik gelang, eine gemeinsame Expedition der Westmächte gegen Rußland zu Stande zu bringen, konnte man der so plötzlich errungenen Popularität des Napoleoniden eine gewisse Berechtigung einräumen, insofern der Krieg in seinem Beginn offenbar dem Interesse des von Rußland bedrohten europäischen Gleichgewichtes entsprach. Dennoch ward die optimistische Auffassung schon durch einen Schatten des Mißtrauens getrübt, als man erkannte, wie geschickt der Tuilerienherrscher die Vorbeeren des Krieges und die Vortheile des Friedensschlusses für sich auszubenten verstand. Der Ausbruch des italienischen Krieges, bei welchem die leitende Hand sich deutlicher zu erkennen gab, ward daher schon mit getheilten Empfindungen begrüßt. Trotz aller Theilnahme für die Sache eines vielfach mißhandelten Volkes war die öffentliche Meinung doch etwas mißvergnügt über die leichtfertige Entzündung eines Brandes, welcher ganz Europa in Flammen setzen konnte. Man murrte über die unruhige Thätigkeit, und über die anmaßende Zudringlichkeit des französischen Nachhabers; aber man beruhigte sich noch immer mit dem Glauben, daß seine Politik sich von rein theoretischem Ehrgeiz inspiriren lasse, und war geneigt, seiner vermeintlichen Uneigennützigkeit auch einen vom Zaun gebrochenen Krieg zu Gute zu halten. Auch den letzten Schleiher, welcher die Wirklichkeit verhüllte, haben die jüngsten Wochen zerrissen, und selbst den blödesten Augen wird der Bonapartismus mit seinen raubfüchtigen Instinkten deutlich genug erkennbar. Die Forderung einer Bestätigung Frankreichs zunächst nach dem Südosten hin ist mit unumwundener Kühnheit hervorgetreten und hat selbst die Unterstützung hervorragender englischer Staatsmänner für sich gefunden. Noch mag das Ergebnis der Unterhandlungen zweifelhaft sein; aber die von den Tuilerien aus inspirirten Blätter halten nicht mit der verwegenen Erklärung zurück, daß Frankreich berechtigt sei, seine natürlichen Grenzen, welche nur die Gewalt ihm entrisen habe, wieder an sich zu nehmen, und daß, wie sie in ihrer emphatischen Weise sich ausdrücken, die Alpengrenze eine Fügung Gottes sei. Als ob der napoleonische Ehrgeiz diese Grenze und jene andere, welche eine ähnliche „Fügung Gottes“ an den Pyrenäen aufgerichtet hat, jemals geachtet hätten, wenn es in der Macht Frankreichs lag, aus der Schwäche seiner Nachbarn Nutzen zu ziehen! Und wenn es der Eroberungslust des Bonapartismus belieben sollte, den Blick nach einer anderen Seite hin zu wenden, und auch den Rhein als eine „Fügung Gottes“ hinzustellen? Das Programm der „natürlichen Grenzen“ ist einer gewaltigen Ausdehnung fähig, und man darf voraussetzen, daß der Geist eines Napoleons die Konsequenzen desselben bis ans Aeußerste zu verfolgen geneigt ist.

## Deutschland.

**Preußen.** (Berlin, 24. Jan. [Vom Hofe; Bericht d. d. n. e. s.]) Heute Mittag empfing die Königin den Vertreter Neapels am hiesigen Hofe, Prinzen Carini, welcher Vormittags 10 Uhr mit dem Oberhofmeister Ihrer Majestät, Grafen v. Dönhof, nach Potsdam gefahren war und Nachmittags von dort wieder hierher zurückkehrte. — Der Prinz-Regent arbeitete heute Vormittag mit den Ministern v. Auerwald und v. Bethmann-Hollweg, nahm darauf die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Jedlig und des Generals v. Manteuffel entgegen und ertheilte darauf dem Prof. Dieterici eine Audienz, welcher die Orden seines verstorbenen Vaters überbrachte. Mittags empfing der Regent den Besuch des Prinzen Friedrich der Niederlande, welcher am Morgen aus Haag hier eingetroffen war und bald darauf den Mitgliedern der königlichen Familie seine Besuche machte. Die niederländischen Herrschaften werden, wie schon wiederholt gemeldet, noch einige Zeit sich hier aufhalten und darauf zur Kaiserin Mutter nach Nizza abreisen. Bei dem Prinzen Karl war heute, am Geburtstage Friedrich des Großen, ein solennes Diner, an welchem die meisten Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses und andere fürstliche Personen theilnahmen. Der Prinz Friedrich Wilhelm und der Prinz August von Württemberg begaben sich heute Vormittag nach Potsdam, wo eine Truppenbesichtigung stattfand. Mittags fuhrn die hohen Herrschaften nach der Kunersdorfer Forst, hielten daselbst mit anderen hochgestellten Personen eine Jagd ab und kehrten um 6 Uhr von dort nach Berlin zurück. Gestern empfing der Prinz den türkischen Gesandten, Aristarchi Bey, welcher gegenwärtig allen Mitgliedern des Königshauses seine Besuche abstattet. Derselbe hat bekanntlich eine



Tochter des frühern Kriegsministers v. Bonin zu Gemahlin. — In den Hoffkreisen ist davon die Rede, daß nicht, wie früher allgemein behauptet wurde, die Gräfin Blücher, eine geborene Engländerin, sondern die verwitwete Gräfin zu Dohna-Wundloden, Oberhofmeisterin der Prinzessin Friedrich Wilhelm werden soll. Die Gräfin Verponcher gedenkt im März ihrem Gemahl nach Petersburg zu folgen und alsdann wird die Gräfin Dohna ihren neuen Posten antreten. — Der Generalleutnant v. Schlegell, welcher an Stelle des Fürsten v. Hohenzollern das Kommando des 7. Armeekorps führte, hat den nachgekauften Abschied erhalten. Zu seinem Nachfolger mit Führung des Kommando's ist Generalleutnant Herwarth v. Bittenfeld ernannt worden, welcher bisher die 7. Division kommandirte; zugleich übernimmt derselbe das Kommando der 13. Division und der bisherige Kommandeur derselben, Graf v. Monts, erhält die 14. Division, welche früher der Kriegsminister v. Noon kommandirte. — Der Prinz-Regent erschien gestern Abend in der Oper „Cristine“ und mit ihm auch seine Gemahlin und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen und die zahlreich hier anwesenden fürstlichen Personen; auch der Komponist Graf Redern war anwesend und wurde wiederholt in die königliche Loge befohlen. Das Auditorium bildeten wiederum die ersten Familien unserer Stadt, und waren namentlich viele Militärs anwesend. Nach dem Schluß der Oper besuchten die Prinzessin von Preußen, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm und die übrigen hohen Herrschaften die Soirée des Grafen Redern, verweilten aber nur bis nach 11 Uhr in derselben. — Der Handelsminister v. d. Heydt ist heute doch der wiederholten Einladung des Vereins zur Beförderung des Gewerbesleises in Preußen gefolgt, nahm aber an dem Festmahl nur bis 4 1/2 Uhr Theil und erschien darauf mit den übrigen Ministern an der Tafel des Grafen v. Arnim-Boitzenburg. — Heute ist bei dem Handelsminister die erste Soirée. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, etwa 200 an der Zahl, waren heute zu einem Festmahl bei Maeder versammelt. — Heute passirte ein Selbsttransport unsrer Stadt. Derselbe kam von Petersburg und sein Bestimmungsort war Paris. Die Ladung bestand aus 43 ledernen Beuteln, von denen ein jeder einen Werth von 11,000 Thalern hatte. Da sämtliche Beutel mit Imperials gefüllt waren, so folgert man daraus, daß die russische Regierung die Sendung bewirkt, weil sonst Niemand Geld ausführen darf. — Der in der Nacht vom Sonntag zum Montag am Blutsturz verstorbene Garnisonprediger emerit. G. S. Ziehe hatte ein Alter von 78 Jahren erreicht und war nach einer Dienstlaufbahn von einigen 50 Jahren erst vor 2 Jahren in den Ruhestand getreten. Der Verstorbene stand in allen Kreisen in hoher Achtung.

Elbing, 22. Jan. [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Die neu konstituirte Stadtverordnetenversammlung hat vorgestern unter Phillips Vorsitz ihre erste ordentliche Sitzung gehalten und sofort eine wichtige Prinzipienfrage zur Entscheidung gebracht. Es handelte sich nämlich um die Unterrichts- und Prüfungsordnung für die Realschulen und die höheren Bürgerschulen vom 6. Oktober 1859, zunächst freilich nur insofern, als es darauf ankam, ob dem Unterrichtsminister das von ihm in Anspruch genommene Recht, den Kommunen die Höhe der Lehrgehälter vorzuschreiben, zuerkannt werden dürfe oder nicht. Die Stadtverordneten haben diese Frage einstimmig verneint und zugleich die Abgeordneten unseres Wahlkreises zu ersuchen beschloffen, daß sie einen diese Angelegenheit betreffenden Antrag bei dem Landtage einbringen möchten. Die Veranlassung zu diesem Beschlusse war ihnen dadurch gegeben, daß sie auf Grund der oben erwähnten Verordnung aufgefordert waren, die Dotation der verschiedenen Lehrstellen an unserer zur Realschule erster Ordnung erhobenen höheren Bürgerschule zusammen um 1100 Thlr. jährlich zu erhöhen. Die Erhöhung der Dotation wurde abgelehnt, weil eben der Minister nicht das Recht habe, dieselbe anzubefehlen. Dagegen erkannte die Versammlung es bereitwillig an, daß eine beträchtliche Erhöhung der Lehrergehälter im Interesse des Jugendunterrichts schlechterdings geboten sei, und daß dieselbe schon um der Ehre der Stadt willen nicht verweigert oder auch nur vertagt werden dürfe, weil man sie in einer die bestehenden Gesetze und das Recht der kommunalen Selbstverwaltung verletzenden Weise von ihr gefordert habe. Sie beschloß daher, zwar als feste Dotation nur die bisherigen Gehälter fortbestehen zu lassen, dagegen eine noch höhere als die geforderte Summe zu persönlichen Gehaltszulagen zu bewilligen. So erhielt der neue Direktor Kreyzig, dessen etatsmäßiges Gehalt 1000 Thlr. nebst freier Wohnung beträgt, statt der, der Anforderung gemäß, um 100 Thlr. zu erhöhenden Dotation, die doppelte Summe als jährliche persönliche Gehaltszulage. Ebenso wird sie den übrigen Lehrern die für jeden derselben angemessenen Zulagen bewilligen, sobald durch Besetzung der durch Hrn. Kreyzig's Beförderung entstandenen Vakanz definitiv festgestellt sein wird, wer der erste, zweite u. Oberlehrer, der erste, zweite u. ordentliche Lehrer ist.

Außerdem erklärte die Versammlung, daß sie nicht geonnen sei, die Schule, die bisher so segensreich gewirkt und für die sie ihr lebhaftestes Interesse nur so eben durch reichliche Bewilligungen kundgegeben habe, durch eine aufgezwungene Verlängerung des Kurses und durch Hemmung ihrer freien Entwicklung dem bisher von ihr mit dem besten Erfolge angestrebten Zwecke der Erziehung gebildeter Mitglieder des höhern Bürgerstandes in irgend einer Weise entfremden und sie wohl gar in eine bloße Vorbereitungs- schule für künftige Baubeamte u. s. w. umwandeln zu lassen. Sie wird daher die Abgeordneten unsers Wahlkreises ersuchen müssen, daß sie den eben erwähnten Antrag beim Landtage auch dahin stellen, daß statt der verfassungswidrigen Ministerialverordnung vom 6. Oktober 1859 das verfassungsmäßige Unterrichtsgezet erlassen werde, und daß dasselbe in Betreff der Lehrgegenstände zwar die Stelleleistungen feststelle, die Dauer und die Art des Unterrichts aber lediglich theils den betreffenden Patronaten, theils den Lehrerkollegien überlasse, je nachdem in diesem oder jenem Punkte der Natur der Sache nach den einen oder den anderen die Kompetenz zusteht. (N. 3.)

Königsberg, 23. Jan. [Cholera.] Man will mit Bestimmtheit die Bemerkung gemacht haben, daß die Cholera seit ihrem ersten Auftreten in unserer Stadt noch nie wie jetzt bis in den Jan. hinein geherrscht hat. Auch diesmal war die Krankheit als vollkommen beseitigt anzusehen, da seit dem 7. Dezember gar keine Fälle mehr zur Anzeige gebracht worden waren. Und nun nach einer so langen Pause trat die Krankheit mit dem 15. Januar e. wieder auf; dieselbe hat sich in verschiedenen Stadttheilen, namentlich Hof-

garten, Kneiphof und Steindammer Querstraßen, gezeigt, bis jetzt Gottlob! aber nur in sehr geringer Ausdehnung, so daß zwar kein Grund zu großen Besorgnissen, wohl aber zu großer Vorsicht vorliegt. Da übrigens, so viel wir wissen, von Cholera jetzt nirgends in Europa die Rede ist, so müssen diese und ähnliche epidemische Krankheiten jedenfalls in lokalen Uebelständen, als schlechtem Trinkwasser, schlechten Graben- und Wasserabflüssen, vielleicht auch schlechten Wohnungen und Nahrungsmitteln u. s. w. ihre Nahrung finden. (K. H. 3.)

König, 21. Jan. [Jüdische Wahlen.] In der kürzlich stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten ist der Kaufmann S. W. Arndt (jüdischer Konfession) zum Vorsteher mit großer Majorität erwählt worden. — In dem Städtchen Landel (Westpr.) ist der jüdische Holzhändler L. Rothberg zum Kreisdeputirten gewählt worden und vom Landrath des Kreises Schlochau auf dem Kreistage ohne irgend welche Opposition eingeführt. (D. D.)

Paderborn, 22. Jan. [Die Ultramontanen und die Presse.] Die „Westfäl. Ztg.“ schreibt: „Wir erfahren aus Paderborn, daß daselbst von den Kanzeln herab und zwar insbesondere von höchster geistlicher Stelle ermahnt wird, die „Westfälische Zeitung“ nicht mehr zu halten, noch zu lesen, weil dieselbe in neuerer Zeit gegen das politische Streben der extremen kirchlichen Partei aufgetreten ist.“

Thorn, 22. Jan. [Storbut.] Das hiesige Wochenblatt meldet, unter der hier in Garnison liegenden Infanterie sei der Storbut in epidemischer Weise ausgebrochen.

Oestreich, Wien, 22. Januar. [Die evangelische Militär-Seelsorge.] Die „Presse“ schreibt: „Nach dem Berichte vieler aus der letzten französischen Gefangenschaft Zurückgekehrten, besonders der Verwundeten, war für die geistliche Pflege der Evangelischen bei der französischen Armee in ganz geregelter und diesmal noch reichlicher Weise als im Krimfeldzuge gesorgt worden. Zwölf evangelische Feldprediger sind mit ihrem Feld-Superintendenten bei derselben mobil und nach allen Seiten, besonders in den Spitälern zu Mailand, Bergamo und Brescia, seelsorglich thätig gewesen. Als evangelische Seelsorger Augsburger und Helvetischer Konfession haben sie, sich gegenseitig vertretend, mithin als Diener eines und desselben Evangeliums, in gemeinsamer segensreicher Wirksamkeit gearbeitet. Der Feldsuperintendent fand, vom Schlage gerührt, seinen Tod in Mailand. Auch haben sie, in Bezug auf Verheilung religiöser Schriften unter den Kranken und Verwundeten, über reiche Mittel verfügt, und mancher österreichische Protestant hat von ihnen Neue Testamente u. a. m. erhalten. Wenn wir hierbei die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß die Anzahl der Protestanten bei der französischen Armee weit geringer, als bei der österreichischen ist, so wird leicht erklärlich, daß die Arbeit des bisherigen einzigen österreichischen evangelischen Feldpredigers bei dem weit ausgedehnten schwierigen Wirkungsfreie unmöglich ausreichen kann, und daher die Stellvertretung der katholischen Feldgeistlichen sehr häufig in Anspruch genommen werden muß. Es wäre deshalb in hohem Grade wünschenswerth, daß diesem Mangel bei der evangelischen Militär-Seelsorge in Oestreich baldigst abgeholfen werde, und die darauf bezüglichen Vorstellungen der k. k. Konsistorien Augsburger und Helvetischer Konfession in Wien eine baldige Beachtung und Erfüllung finden möchten.“

— [Truppen nach Italien.] Oestreich schiekt, so wird der „Indépendance“ aus Paris geschrieben, fortwährend Truppen nach Italien; auch bei den in der Lombardie stehenden Franzosen wird kein Abschied ertheilt und man ist darin so streng, daß selbst einzige Söhne, die von Müttern, deren Verstorben gestorben, zur Fortführung des Geschäftes reklamirt wurden, sich der allgemeinen Regel der Nichtfreilassung bis auf Weiteres haben fügen müssen.

— [Napoleon und Savour.] Die „Dit. Post“ schreibt: Napoleon III. hat es zu einem Prinzip seiner Regierung gemacht, überall selbst in den Vordergrund zu treten; die Minister müssen im Hintergrund bleiben. Wenn es sonst Brauch ist, daß der Minister den Rapport über einen Gesetzesvorschlag an den Monarchen macht und dieser denselben genehmigt, so ist gegenwärtig in Frankreich der umgekehrte Brauch. Der Kaiser schreibt an den Minister über die neue Organisation des Militärs, über ein neues System von Sölden, er schreibt an den Papst über die neuen Wendungen seiner Politik u. Napoleon III. ist in seinen Staaten Alles in Allem: Kaiser, Minister, Feldherr, Diplomat, Administrator, nur die untergeordneten Fragen werden dem Ministerium überlassen. Sobald eine große Angelegenheit in die Erscheinung treten soll, giebt es keinen Drouin de L'Empire und keinen Walewski, keinen Baroche und keinen Fould, keinen Bailliant und keinen Malafol, es giebt nur Einen, der die Initiative hat, der denkt, schreibt und erponirt: L'Empereur. Nun ist Napoleon seit Monaten gewohnt, die Initiative, die er in Frankreich hat, auch über Italien ausgeübt zu haben; allerdings nicht in Einzelfragen, doch in Allem, was die große Politik betrifft. Er beschleunigt und hält zurück, er meditiert, erlaubt, verbietet, ermuntert, schreit ab und hält die Geschicke eines großen Heiles der Halbinsel in seiner Hand. Und nun tritt Savour auf und will den Einfluß mit ihm theilen, wenn nicht ihm entreißen. Savour ist kein Mann, der sein Licht unter den Scheffel stellt und sich hinter seinem König oder selbst hinter dem Kaiser der Franzosen bei Seite schiebt; nein, er ist ehrgeizig, laut, drängend, energisch, er hat alle Eigenschaften, die einem großen Herrn von despotischer Natur sehr unbecquem sind. So lange Louis Napoleon Savour zu seinen Zwecken brauchte, waren ihm diese Eigenschaften des beweglichen und erfindertischen Piemontesen sehr willkommen; sobald aber diese Eigenschaften sich selbständig auf einem Gebiete geltend machen wollen, wo Napoleons Einfluß bisher der alleinherrschende war, müssen sie ihm sehr unwillkommen erscheinen. Es sind also ebenso viele psychologische und politische Motive vorhanden, Savour's Wiedereintritt als ein Auftrassen der Italienspolitik gegen Napoleon's Bedenklichkeit und Zaudern zu betrachten, als es Gründe und Motive giebt, anzunehmen, daß dieses Kabinet mit Wissen und Willen Napoleons an die Regierung kommt (nach der Anerkennung, welche Savour's Ernennung in der offiziellen „Patrie“ findet, unzweifelhaft; vgl. übrigens unsere gestr. Berl. AD. Korr.; d. Red.), eine Folge der Verständigung mit England. In Uebergangsepochen wie die jetzige haben wir durchaus nicht den Ehrgeiz, zu prophezeien, sondern beschränken unsere Aufgabe darauf, eine Thatfache, die noch unaufgeklärt ist, von den verschiedensten Seiten zu beleuchten. Jedenfalls hat Napoleon jetzt in Turin einen Repräsentanten, dem es an Beweglichkeit und Unternehmungslust nicht fehlt, es ist dies Herr v. Talleyrand, der uns aus den Wahlhändeln der Unionisten und Anti-Unionisten in den Donaufürstenthümern im Gedächtnis ist. Einen besonderen Freund hat Oestreich an diesem Diplomaten sicherlich nicht, und wenn wir uns von Vorurtheilen leiten lassen wollten, so könnten wir ein ominöses Zusammentreffen darin finden, daß an dem Tage, wo Savour an die Spitze eines Kabinetes tritt, Herr v. Talleyrand als Gesandter in Turin eintrifft und Herr v. Thouvenot als Minister des Auswärtigen in Paris erwartet wird. Indessen giebt es in dem offiziellen Frankreich von heute keine Individualitäten, es giebt nur Einen Willen und Eine Individualität, die das Maß für alle giebt! Herr v. Thouvenot wird Oestreichs bester Freund sein, sobald sein Kaiser es will, so wie Herrn Drouin de L'Empire vielbelobte Freundschaft für uns sich in ihr Gegenwart verwandeln würde, wenn er morgen aus Ruher käme und Napoleon gegen uns ist.

— [Finanzielles.] Ein Erlass des Finanzministers macht bekannt, daß von nun an die Verzählung der Zinsen von allen öffentlichen Schuldverreibungen, welche bisher nach 30 Jahren erfolgte, nach Verstreich eines Zeitraumes von 6 Jahren, vom

Punkte der Fälligkeit an gerechnet, einzutreten hat. Dies gilt auch von den Zinsen, deren Verzählung bereits begonnen hat, so daß sie vom 1. 6. d. an nach 6 Jahren verzähren.

— [Unterschlagnene Briefe.] Aus Dedenburg schreibt man von einer großartigen Unterschlagung von Briefen, welche ein Praktikant des dortigen Postamtes verübt hat. Derselbe hat binnen 3 Wochen nicht weniger als 1400 (?) Stück der in Dedenburg ausgehenden Briefe unterschlagen, um die darauf befindlichen Briefmarken vor der Abstempelung sich anzueignen; von Gelbbriefen konnte er nur zwei entfremden, in denen sich nur ein Betrag von 25 Fl. befand. Die Briefe selbst, von denen er nur die Umschläge vernichtet hatte, wurden noch bei ihm gefunden und das Postamt hat ein Verzeichniß derselben abgefaßt, um sie den Absendern, welche sich darum melden, zurückzustellen.

Wien, 24. Januar. [Dementi.] Die heutige „Wiener Zeitung“ dementirt die vorgestern gemeldete Nachricht über die bereits erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes in Verona. (Tel.)

Hannover, 23. Jan. [Begünstigung des Katholizismus.] Es ist bekannt, wie sehr hier an maßgebender Stelle dem Katholizismus Vorhub geleistet wird. Der unlängst wieder besetzte bischöfliche Stuhl zu Osnabrück und die neuerichteten katholischen Pfarreien und Missionen, die weniger ein Bedürfnis zu befriedigen als vielmehr erst zu schaffen bestimmt scheinen, sind dafür Zeugen. Das Neueste in dieser Richtung ist die bevorstehende Gründung eines Priesterseminars zu Osnabrück, von der im Jahre 1858 noch die Regierung ausdrücklich meinte, daß es nicht jetzt schon errichtet zu werden brauche, daß man sich vielmehr vorerst mit Ansammlen eines Fonds begnügen dürfe. Auf die Vorstellung des inzwischen in sein Amt eingetretenen Bischofs von Osnabrück und dessen die Etablierung einer solchen Anstalt bezielenden dringenden Wünsche ist man aber jetzt plötzlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Gefahr im Verzug sei; hat deshalb wie so häufig einwillen beträchtliche Summen zu jenem Zwecke vorgeschossen, die man demnächst durch die gehoramen Stände auf das Budget des Landes zu ewiger Beschwern übernommen zu sehen wünscht. Der 9. Februar muß es zeigen, inwieweit auch abseits unserer Landesvertretung etwa eine Propaganda gutgehen wird, von der man, gering behauptet, wird sagen dürfen, daß ihr weder Neigung noch Bedürfnis der hannoverschen Bevölkerung entgegenkommen. (B. 3.)

Sachsen, Dresden, 23. Jan. [Zur Reform der Bundeskriegsverfassung.] Der in Nr. 19 vorläufig erwähnte Artikel des „Dresdner Journals“ lautet: Die „Bel. Z.“ enthält folgende Korrespondenz aus Berlin: „Oestreich ist, wie ich höre, der Erklärung des preussischen Bevollmächtigten in der Bundesmilitärkommission über die Bundeskriegsverfassung beigetreten. Dies ist an sich nicht überraschend, da Oestreich von ihr so viel Nutzen haben würde als Preußen; es zeigt nur, daß das gnädig zustimmende Kopfnicken von Wien her, dessen sich die Würzburger Regierungen noch kürzlich erfreuten, einer andern Miene Platz macht, sobald das österreichische Interesse direkt ins Spiel kommt. Aber was hier mit Recht und freudig überrascht ist, daß auch Württemberg der preussischen Erklärung sich angeschlossen haben soll. Nun, ihr übrigen Mittelstaaten gebet hin und thut desgleichen, zur Bewahrung eures vielgerühmten Patriotismus durch die That! Ohne weiter auf den Gegenstand einzugehen, können wir doch aus guter Quelle die Versicherung geben, daß die Dinge sich gerade ganz anders verhalten. Die thatsächlichen Verhältnisse dürften sich schließlich so herausstellen, daß ein Einverständnis mit den preussischen Vorschlägen zuletzt nur von Seiten einer kleinen Zahl kleinerer Staaten stattfinden wird. Daß von Seiten des Wiener Kabinetts irgend eine Geneigtheit dazu gezeigt worden sei, ist vollständig unbegründet. Auch hat man in Berlin selbst sich von Haus aus wenig Rechnung auf Annahme der Vorschläge gemacht. Wir machen bei Zeiten auf diese thatsächlichen Umstände aufmerksam, weil es uns zweckmäßig erscheint, daß sich keine lange Diskussion über eine Anregung entspinne, welche keinen praktischen Erfolg haben könnte. (Abermals ein Beweis, daß die subjektiven Bestrebungen gewisser Gern-Großstaatsmänner auch in den dringendsten Fällen sich zu der Idee eines einigen Deutschlands nicht erheben können oder wollen. D. Red.)

Frankfurt a. M., 23. Jan. [Aufhebung des Zunftzwanges.] Die Verhandlung in der hiesigen gesetzgebenden Versammlung über Einführung der Gewerbefreiheit und Aufhebung des Zunftwesens in Frankfurt hat große Sensation erregt, besonders wegen der einstimmigen Annahme der Anträge, die selbst von einem Gewerblichen ausgingen. Die Majorität der hiesigen Handwerker ist gegen die Einführung der Gewerbefreiheit, und da eben durch den Handwerkerstand die demokratische Partei in den gesetzgebenden Körper gebracht wurde, so hat sich dieser Stand wohl nicht gedacht, daß gerade durch seine Schügelinge dem Zunftzwange ein solcher Stoß versetzt werden könnte. Aber die wichtige Frage der Gewerbefreiheit ist nicht mehr zu umgehen, soll die Blüthe Frankfurts erhalten werden, und unmöglich kann Frankfurt bei dem alten Jopf stehen bleiben, während alle Nachbarstaaten gerade in diesem Punkte bedeutend fortschreiten. Der gesetzgebende Körper hat seine Schuldigkeit gethan; es fragt sich nun, was der Senat thut. (Sp. 3.)

[Die Küstenbefestigung.] Geschichte und Erfahrung sprechen nicht günstig für eine Behandlung der Küstenverteidigungsmaßregeln am Bunde und durch den Bund. Ein kurzer Rückblick auf die Bergangenheit wird dies bestätigen. Der deutsche Bund als solcher hatte für den Schutz seiner Küsten gar nichts gethan. Aus dem Jahre 1817 kennt man Anträge der freien Städte, die Nordsee gegen die Barbarenkenschiffe zu schützen, die mit großer Freiheit die Nordsee gefährdeten, und bei dieser Gelegenheit wurde ein Entwurf eingebracht, auf die schnellste (!) Weise diesem Mangel abzuhelfen. Ein Bedürfnis in dieser Hinsicht wurde erst mit dem Beginn des deutsch-dänischen Krieges fühlbarer, in dessen Gefolge dann auch der Gedanke an die Schöpfung einer deutschen Flotte auftauchte. Zu Bundesinstitutionen im großen Style kam es aber auch hier nicht; es blieb meist bei Kleinem und Halbem. Am 13. April 1848 wurde die Angelegenheit des bewaffneten Schutzes Deutschlands zur See der Fürsorge Preußens empfohlen. Darauf berief man sich, als die freien Städte einen auf die unerläßlich werdenden militärischen Anordnungen zum Schutz der norddeutschen Küsten und Hafenplätze bezüglichen Antrag einbrachten, und für den Augenblick, als die dem Bundestage beigeordneten 17 Vertrauensmänner in einem von Droysen verfaßten Promemoria die Angele-



genheit in erweitertem Umfange anregen. Doch wurde zur Prüfung der Frage eine besondere Kommission niedergelegt, deren erste Berathung eine Sendung nach England in Betreff des Ankaufs eines Dampfschiffes als Kriegsfahrzeug für Elbe- und Wesermündung und im Allgemeinen zum Zwecke der Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen veranlaßte. Mittlerweile hatten auch Preußen und Hannover über theils schon im Interesse der Selbstverteidigung gestoffene, theils noch ohne Bezug auszuführende Vertheidigungsmaßregeln Anzeige gemacht. Die besondere Mission nach England (Syndikus Banks) erhielt dann noch einen diplomatisch-politischen Charakter. In Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 20. April gelangte von den Werftstaaten Anzeige von dem angeordneten Vertheidigungsmaßregeln an die Bundesversammlung. Am 11. Mai stellte der fünfzigjährige Ausschuss den Antrag auf einen Kongreß von Sachverständigen zur Berathung der Mittel zur Abwehr der gegenwärtig den deutschen Seeflüssen drohenden Gefahr, so wie weiter zur Gründung einer deutschen Marine, welchem Antrage aber keine eingehende Berücksichtigung zu Theil wurde. Man ersuchte nur die Regierungen der Aferstaaten auf die Verstärkung ihrer Schutzmaßregeln Bedacht zu nehmen. Man hatte auch an miethweise Ueberlassung einiger Dampfboote des österreichischen „Lloyd“ gedacht; aber dieser erwiderte auf die bezügliche Aufforderung der österreichischen Regierung, daß er kaum für seinen eigenen ausgedehnten Postdienst Schiffe genug habe und die augenblicklich disponiblen Dampfer dem k. k. Marine-Oberkommando abgetreten worden seien. Der bald von der Nationalversammlung gewählte Marineausschuß trat mit dem Ausschusse der Bundesversammlung in Kommunikation; in Hamburg war der Marine-Kongreß wirklich zusammentreten. Er stellte das Ansuchen um die erforderlichen Einleitungen für die zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte nöthigen Geldmittel an die Bundesversammlung; aber diese hat bis zu ihrer Auflösung im Juli 1848 nichts Sichtbares mehr. Wie die dann von der Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt gelegten Grundlagen später von dem regnerischen Bunde wieder zerstört wurden, ist hinlänglich bekannt. Noch die Bundescentralkommission gab sich die erdenklichste anerkennenswerthe Mühe, die neue Schöpfung der deutschen Flotte zu erhalten. Vergebens. Oestreich hatte überhaupt nie seine Bundespflicht für die nordische Institution eingeräumt, sich vielmehr stets dagegen verwahrt; ein Theil der Regierungen hatte nie eine Marineumlage gezahlt, und Preußen, dessen Vorschüsse hauptsächlich den damaligen Bundeshaushalt freiteten, und dessen materielle Leistungen in der Dtsche ungewöhnliche waren, mußte endlich auf eine Feststellung der vielfach verwirrten Verhältnisse dringen. Seine Schuld war das endliche Schicksal der Flotte nicht; wohl aber ist dies eine bittere Erfahrung, die ein vorsichtiges Mißtrauen mehr als rechtfertigt. (Pr. 3.)

**Hessen.** Kassel, 23. Jan. [Die Spielhöllen.] Unser Land, das wegen seines politischen Stillstandes so übel angeschrieben ist, huldigt in einer Weise doch dem Fortschritt, in den Spielhöllen nämlich. Wir sind mit vier derselben gesegnet, Nenndorf, Hofgeismar, Wilhelmshad und Naheim, welche zusammen eine Pacht von 80,000 Thln. abwerfen, ungerechnet die Beiträge zu den städtischen Abgaben und den Verschönerungen, die sonst aus Staats- und kurfürstlichen Kassen bestritten werden. Nenndorf spekulirt auf den Reisezug der nahe vorüber führenden hannoverschen Eisenbahn, Hofgeismar monopolisirt unsere liebe Residenz, Wilhelmshad saugt sich von Frankreich voll, und Naheim aspirirt auf die Ehre eines Luxusbades in Konkurrenz mit Homburg und Wiesbaden. Es hat diese Kühnheit freilich schon zweimal mit dem Ruin seiner Spielpächter bezahlt, allein es soll sich jetzt als glänzender Phönix aus der Asche emporheben. Die früheren Aktionäre werden befähigt oder mit einer winzigen Entschädigung abgefertigt, dagegen wird sich auf allerhöchste Konzession hin, wobei mehrere oneröse Bedingungen des früheren Vertrages beseitigt sind, eine neue Gesellschaft konstituiren. Als Theilhaber des Geschäftes werden mehrere vornehme Namen bezeichnet, darunter der Prinz Felix Hohenlohe, Sr. K. Hoheit eigener Schwiegersohn, welcher schon bei den früheren Unternehmungen stark engagirt war und dessen Verwendung die neue Konzession wesentlich zu danken. Sodann ein Graf Souffroy, als routinirter Faiseur von der „Passage Souffroy“ in Paris hinlänglich bekannt, der seit Jahren Homburg und Wiesbaden bewohnt und viel in Spielbank-Aktien „macht“, ferner die Handelsleute Seraste und Müller Söhne in Frankfurt, welche bereits für die letzte Saison die Fonds de roulement für die grünen Tische vorschossen, endlich ein Herr v. Herz, Direktor der Zuckerfabrik Waghäusel. Das Kapital der Gesellschaft soll in 9000 Aktien à 100 Thlr. bestehen. Für acht Monate des Jahres ist offenes Spiel, mit beliebiger Anzahl der aufzustellenden Tische, gestattet; würde sich eine Wintergesellschaft anlassen, so ist dafür vorgesehen. Der Bau eines prachtvollen Kurpalaes wird sofort beginnen, und für den Kurfürsten muß nach von ihm einzureichenden Plänen ein Sommerpalais errichtet werden. Mit der Main-Weser-Bahn will man über die Einföhrung von Lokalzügen zwischen Frankfurt und Naheim verhandeln. Sie sehen also, daß man Großes im Werke hat, und die Reklamen in die ausländische und einheimische Presse sind schon unterwegs. (R. 3.)

[Freigeubung einer konsizirten Zeitung.] Von dem kurfürstlichen Obergerichte hieselbst ist auf erhobene Beschwerde des Redakteurs der „Hessischen Morgenzeitung“ wegen Beschlagnahme der Nr. 52 derselben (s. Nr. 11), die letztere als unbegründet erkannt und sonach die Freigeubung der Nummer angeordnet.

**Mainz,** 22. Jan. [Reheibrücke.] Die wichtige und so lange streitige Frage in Betreff des Mainzer Brückenbaues ist jetzt nach Allerhöchster Genehmigung des Systems der Bauausführung vom Verwaltungsrath der hessischen Ludwigsbahn entschieden worden. Das bayrische Etablissement Cramer-Klett in Nürnberg hat nach dem System des bayrischen Oberbaudirektors v. Pauli die Herstellung dieser großen, aus 32 Deckungen, von denen vier je 350 Fuß Spannweite haben, bestehenden, 4000 Fuß langen Rheinbrücke übernommen und die Betriebsöffnung bis zum 15. Nov. 1861 zugesichert.

**Wiesbaden,** 22. Jan. [Die Spielbank.] Wie hier erzählt wird, steht die Kurhauspielgesellschaft mit der Regierung wegen der Konzession, die Spielfäle auch während der Monate Januar, Februar und März öffnen zu dürfen, in Unterhandlung und soll die Ertheilung der Konzession in Aussicht stehen. Als Preis derselben soll die Spielgesellschaft 10,000 Fl. zum Ausbau

der neuen evangelischen Kirche und ebensoviel zum Ausbau der Thürme der katholischen Kirche beitragen. (M. 3.)

**Großbritannien und Irland.**

London, 22. Januar. [Preßstimmen über die römische Frage.] Alle liberalen Blätter beschäftigen sich mit dem Kirchenstaat. Das Gerücht, daß Se. Heiligkeit mit Hilfe geworbener auswärtiger Truppen die Romagna bekriegen werde, findet wenig Glauben. Die „Post“ läßt sich dadurch zu zornigen Drohungen gegen den päpstlichen Stuhl hinreißen (siehe weiter unten), aber die „Times“ findet es angemessener, den Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Unternehmens wegzulassen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die letzten Hoffnungen der Ultramontanen aus einer neuen Notiz des „Nord“ geschöpft seien, sagt die „Times“:

Wer, denkt Europa wohl, ist der lang erwartete Paladin des Papstes? Seit Oestreich amtlich (?) sich außer Stande erklärt hat, seinen Sympathien mit Waffengewalt Nachdruck zu geben, haben Papst und Kardinäle sich mit verzweifelten Blicken nach einem Retter umgesehen. Antonelli steht wie Schwester Anna auf der Engelsburg, aber von keiner Seite des Horizonts kommt ein Zeichen von Hilfe. Eine kleine Staubwolke erhebt sich von Irland her, aber sie ist nur von Dr. Cullen's Kammern aufgewirbelt. Frau Plaubart hat einen roten Fleck auf ihren Schläfeln und muß es büßen. Schon scheint dem Papst nichts übrig, als zu thun, was sein Vorgänger vor 45 Jahren that, als Oestreich der Beraubende war, zu protestiren und sich zu beugen. Endlich aber ertönt ein leiser Schrei in der Ferne, daß ein Ritter heranelle. Gleichviel woher, gleichviel weß Glaubens er sei, bringt: bringt er nur ein scharfes Schwert und einen starken Arm, so sei er willkommen. Wäre er auch ein Mohamedaner, nicht das erste Mal hätte der Hohenprieester des lateinischen Christenthums sich mit mohamedanischen Herrschern gegen christliche Fürsten verbündet. Ob er schwarz oder weiß sei, ob er von Norden oder Süden komme, ist er nur stark genug, Bologna der Erde gleich zu machen und die Romagna zu unterjochen, so giebt es alte Leute in Rom, welche die Gnüde willkommen heißen und Frieden nennen werden. Der Ritter, den das Gerücht ankündigt, ist kein anderer, als der Czar von Moskau, der Hohenprieester und Monarch der schismatischen griechischen Kirche; der Mann, der in seinem leserlichen Sinn beinahe so weit geht, den Papst für den Antichrist zu halten. (Die „Times“ giebt darauf die Mittheilung des „Nord“ wieder, wonach Alexander II. gegen den französischen Gesandten, den Herzog von Montebello, sein Befremden über die Richtung der französischen Politik und seinen ersten Entschluß für die in Lagueronnières Flugblätter entwickelten Prinzipien nicht Propaganda zu machen, ausgesprochen haben soll. Hierauf meint die „Times“, gründe sich die Zuversicht der Päpstlichen, und fährt fort:) Sollte General Soyou mit seinen Franzosen dereinst aus der ewigen Stadt abziehen und der letzte Juave von Molo Civita Vecchia's zu Schiff fliehen sein, dann kann der Papst lange in die Ferne spähen, ehe er die Kofatenlanze über der Campagna schimmern sieht. Was für eigentümliche Begriffe auch Rußland über die abstrakten Prinzipien jener Broschüre haben mag, so viel ist gewiß, daß keine Sympathie für den Papst den Triebfedern russischen Handelns zu Grunde liegt. Rußland ist nicht gesonnen, mit europäischen Thatsachen zu hadern; nur den abstrakten Prinzipien, mit denen das Pampstthum jene Fakta vertheidigte, mag es nicht beipflichten. Alexander II. nennt sich Czar von Moskau kraft des göttlichen Rechts. Napoleon III. nennt sich Kaiser der Franzosen kraft des Volkswillens. Napoleon III. folgte naturgemäß, daß das Volk der Romagna, in Ermangelung einer leiblichen Regierung, sich seinen Herrscher selbst zu wählen berechtigt ist. Alexander II. will natürlich von einem solchen Prinzip nichts hören. Aber ein Wortstreit und ein Sachstreit, das sind zwei sehr verschiedene Dinge. Es ist zu allen Zeiten vorgekommen, daß große Könige und Nationen Dinge thaten oder veranlaßten, die allen Prinzipien, auf die ihre eigene Politik sich gründete, vor den Kopf stießen. Während Kardinal Richelieu den Protestantismus in Frankreich unterdrückte, schürte er die ultraprotestantischen Unruhen in England. Während Ludwig XVI. für seine eigenen Kronrechte kämpfte, schickte er ein Heer ab, um den aufständischen Amerikanern beizustehen. Kein gekröntes Haupt trug jemals Bedenken, in Feindesland Entpörung anzuführen, aber er würde sich wohl hüten, seinen Unterthanen zu eröffnen, daß die Sache der Rebellen eine gute Sache und daß ihr Widerstand gegen ihren rechtmäßigen Herrscher berechtigt sei. Der Papst darf sich darauf verlassen, daß unter allen Staaten, die seinen Verfall beobachten, keiner sich über sein Mißgeheiß mehr von Herzen freut, als Rußland. In Petersburg oder Moskau herrscht keine Liebe zu Rom. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die zwei großen Schismen in unseren Tagen sich einigen. Rußland ist glücklicherweise jetzt mit zu vielen anderen Dingen beschäftigt, um der ritterlichen Idee fähig zu sein, zum Schutz seines alten Feindes ganz Europa zum Kampf herauszufordern. Ueberlasse es doch den Papst den Nationen katholischen Glaubens. Besser kann er doch nicht geborgen sein, als in den Händen Napoleon's III., der zugleich sein pflichtergebener Sohn, der allerchristlichste Kaiser, und der Nachfolger des heiligen Ludwig ist.

Die „Post“ ruft unter Andern: Der Papst scheint entschlossen, einen Religionskrieg zu entzünden. . einen Sturm anzufachen, in dem seine Autorität auch über die Marken und vielleicht die Stadt Rom selbst untergehen kann. . der Vatikan hat es darauf angelegt, 26 Millionen Italienern die Ueberzeugung einzujagen, daß sein geistlicher Despotismus mit dem weltlichen Hand in Hand geht; daß der erste dem zweiten als Maske dient, und daß der zweite auf dem ersten beruht; daß sie nur die zwei Aeste desselben Unkrautes sind, der die Welt verpestet wird, bis der Stamm gefällt und mit der Wurzel ausgerottet ist.

**Frankreich.**

Paris, 22. Jan. [Oeffentliche Bauten; Reorganisation der Kavallerie.] Das Journal der öffentlichen Bauten sagt: Dem Staatsrathe liegt das Budget von 1861 vor. Die für öffentliche Bauten ausgesetzte Summe beträgt 103 Millionen, außer den 50 Millionen, welche das Programm vom 5. Jan. zu demselben Zwecke bestimmt. Bedeutende Summen sollen zur Verbesserung der Flüsse und zum Bau von Brücken dienen; die Fahrstraße zwischen Bordeaux und dem Meere soll verbessert, die Dämme an der Loire sollen weitergeführt und die Bauten zur Verhinderung der Ueberfluthungen zwischen Orleans und Nantes eifriger betrieben werden. Marseille erhält 8 1/2 Millionen zum Bau des Napoleonsbeckens und Breft 14 Millionen für seinen Handelshafen. Die Dünen an der Gascogne, den Departements der untern Charente, der untern Loire und des Finistère sollen bepflanzt und die Sümpfe von Bipuzia in Korsika angetrocknet werden. Von 1860—1861 sollen 450 Kilometres Eisenbahnen eröffnet werden, nämlich von Dstrieourt nach Killers, von Millers nach Favorney, von Rougen nach der belgischen Grenze, die Zweigbahnen von Coulommiers, Bar-sur-Seine, von Rennes nach Redon, von Montauban, St. Ló, St. Christophe nach Rodez, Morat, nach Montargis und Bourgoin nach Beaumont. In zwei Jahren wird die direkte Bahn von Paris nach Nevers wahrscheinlich eröffnet werden. — Vor einiger Zeit schon wurde gemeldet, daß die französische Artillerie auf einem großartigen Fuße neu organisirt werden soll. Die Erfahrungen, welche man im italienischen Feldzuge der ungarischen leichten Kavallerie gegenüber gemacht hat, scheinen nun auch der französischen Reiterei zu Gute kommen zu sollen. Wie der „Constitutionnel“ meldet, ist die Rede davon, die ganze leichte Reiterei mit arabischen Pferden auszurüsten; der einzige schwierige Punkt war dabei die Akklimatisirung, in dessen scheint diese Schwierigkeit jetzt überwunden. Ferner geht aus einem längern Artikel des „Armee-Moniteur“, der aus der Feder eines Kavalleriegenerals A. stammt, hervor, daß der Kriegsminister auch

für die Ausbildung der Reiter neue Vorschriften erlassen hat. Zweck derselben ist, den einzelnen Reiter mit seinem Thiere kriegerischer zu machen und in der Reiterei denselben Fortschritt wie in der Infanterie zu bewerkstelligen. Bei dieser Gelegenheit bemerkt der französische General auch, daß die Tüchtigkeit des französischen Fußsoldaten durchaus nicht von seinem Nationalcharakter, sondern von seiner geistigen und körperlichen Ausbildung, seiner individuellen Erziehung herrührt. Diese letztere eben soll nun auch in der Reiterei mehr zur Geltung kommen. Entschieden tritt der Verfasser des Artikels der Ansicht gegenüber, als habe die Reiterei durch die Vervollkommnung der Schußwaffen ihre Bedeutung verloren. Seine Ideale, was die Verwendung dieser Waffe betrifft, sind Friede- rich der Große und Seydlitz, und er zitiert darüber die Aussprüche dieses Königs, die auch heute noch gelten.

[Der „Univers“ über die römische Frage.] Der „Univers“ meint, durch die Weigerung des Papstes, auf die französischen Forderungen einzugehen, sei eigentlich die römische Frage beendet; denn Krieg gegen den Papst führen, oder ihn verhindern, sich zu vertheidigen u. s. w., das könne nicht einmal in Erwägung gebracht werden im Rathe des edlen und katholischen Frankreichs: „Was also thun?“ (fragt das katholische Blatt weiter), die Thatsache des Bestehens der weltlichen Regierung anerkennen, wie die Jahrhunderte sie gemacht haben. Der erste Mörder, als er Gott ihn fragen hörte, was er mit seinem Bruder gemacht habe, warf ihm diese Antwort hin: „Hast Du ihn in meine Hut gegeben?“ Und diese Antwort schügte ihn nicht wider den Fluch. Welche katholische Nation wird sich der Gefahr aussetzen wollen, daß Gott sie fragt: „Was hast Du mit Deinem Vater gemacht?“ Und welche Nation hätte weniger als Frankreich das Recht, wie Cain zu antworten: „Hast Du ihn in meine Hut gegeben?“ Man hat geglaubt, man könnte ohne ernstlichen Widerstand einen Stein vom Tempel reißen, um ein anderes Gebäude zu errichten, und der Hüter des Tempels würde selbst einwilligen. Weigert er sich, so ist dann nichts mehr zu machen und die Frage bleibt einfach die: Entweder Pius IX. oder Garibaldi. Wer kann jetzt über die Wahl Frankreichs zweifelhaft sein? Der „Univers“ zweifelt vielleicht am meisten.

[Rom und Savoyen.] Wir haben schon gemeldet, daß Unterhandlungen wegen des Kongresses von Neuem angeknüpft seien. Die französische Regierung arbeitet mit großem Eifer darauf hin. Aus Rom wird von sehr zuverlässiger Seite geschrieben, daß der päpstliche Stuhl nicht nachgeben werde. Die römische Regierung wird den Augenblick der offiziellen Einverleibung der Legation in einen andern Staat abwarten und alsdann einen militärischen Akt gegen die revoltirten Provinzen unternehmen. Sie sieht vorher, daß sie unterliegen wird, aber es wird sich dann zeigen, ob alle konservativen Mächte wirklich abgedankt haben. Die offiziellen Blätter haben bekanntlich plötzlich den Befehl erhalten, die Frage der Abtretung Savoyens auf sich beruhen zu lassen; dagegen bringt die „Opinion nationale“, deren Beziehungen zum Palais Royal kein Geheimniß sind, sie heute aufs Tapet. In Uebereinstimmung mit der französischen verbietet bekanntlich die sardinische Regierung auch den savoyischen Blättern, von dieser Angelegenheit zu sprechen. Es beweist dies nur, daß der Moment noch nicht gekommen ist. Wie es in den offiziellen Kreisen heißt, möchte Louis Napoleon die italienische Frage so rasch wie möglich beseitigen, um freie Hand in der orientalischen zu haben, die sich ankündigt. (M. P. 3.)

[Agitation der Industriellen; aus Stalien.] In der industriellen Frage dauert dieselbe Zustimmung und dieselbe Opposition fort, je nach den Interessen der Betheiligten, und seit vorgestern ist der Beschluß gefaßt worden, daß Deputationen, gleichviel ob für oder wider, nicht mehr vom Kaiser empfangen werden sollen. Dieses Schicksal traf drei von der Stadt Nantes Delegirte, die mit einer in den schmeichelhaftesten Ausdrücken abgesetzten Glückwunschadresse es doch nicht weiter bringen konnten, als von Herrn v. Bassano empfangen zu werden, der dankend versprach, die Adresse an den Kaiser gelangen zu lassen. Im Gegensatz laufen aus Rouen Berichte ein, daß dort die größte Aufregung herrsche, und daß, als der Präsekt der Deputation keine befriedigende Auskunft ertheilen konnte, sich in den Straßen Gruppen sammelten, welche aufrührerische Drohungen ausstießen. Dies Alles verhindert nicht, daß die Maßregel ausgeführt wird; selbst die Opposition der Herren Droplong, Walewski und des Finanzministers Magne im Conseil privé wird keinen Einfluß ausüben. Man hofft, daß die allbekannte Energie des Kaisers die Gegner das Unvermeidliche mit Ruhe annehmen heißen wird, und daß der Geistlichkeit, die sich zu beschwichtigen beginne, bald die Fabrikherren folgen würden. Beide Fälle haben viel Analogie, denn hier wie dort sind es die Oberen, welche Opposition machen; die niederen Geistlichen gleichen den ouvriers, folgen nur gewissermaßen paroles d'ordre, die sie selbst nicht gutheißten. — Die Begebnisse in Florenz sind nach den letzten hier angekommenen authentischen Briefen vielfach übertrieben worden; eine kleine, durch die Reaktion aufgestachelte Partei hat allerdings durch Bomben und andern Anzug eine Emute zu provoziren gesucht, die aber aus Mangel an den nöthigen Elementen nicht erfolgte. Bedenklicher soll es in den Marken aussehn, und wie ich bereits vor längerer Zeit bemerkte, könnten in dieser Beziehung ernstliche Verwickelungen eintreten. (Pr. 3.)

[Die Lage der spanischen Armee in Marokko.] Der französische „Moniteur de l'Armee“ entwirft ein trauriges Bild von den Leiden der kleinen spanischen Armee, welche von Ceuta getrennt, vom Feinde fortwährend bedroht, vom Mutterlande abgeschnitten, von der Flotte verlassen, mühselig an ungasstlichen Gestade vorging. Die Flotte, welche sich anstrenge, in See zu bleiben, um der Armee zu „helfen“, mußte im letzten Augenblicke den Stürmen weichen, nachdem der Dampfer „St. Isabella“ und die Golette „Rosalia“ im Angesicht der Armee gescheitert und zahlreiche kleine Fahrzeuge und Kanonenboote stark beschädigt waren. Nur einige Dampfer hielten Stand, aber sie vermochten nicht zu landen, und Alles was sie konnten, war, während einer kurzen Pause Rationen für einen Tag ans Land zu werfen. An Fourage konnten nur 159 Ballen ans Land geschafft werden. Gegen Ceuta zu war die Verbindung im Rücken der Armee abgeschnitten. Die Mauren waren von El Serrallo (wo die Division Chague stand) wieder auf die Straße gekommen und hatten dort alle Arbeiten vernichtet, so daß man in Serrallo mehrere Tage lang ohne Befehl und ohne Nachricht war, bis endlich der Armee „geholfen“ werden konnte. Jetzt, sagt der „Armee-Moniteur“, ist man Angesichts von



Letuan. Die spanischen Kugeln schlugen am Fuße seiner Mauern ein und bald wird es seine Thore der kleinen Armee öffnen und ihrem bewundernswürdigen Ende machen.

[Zur Lothringischen Expedition.] Man schreibt der N. Z.: Ein merkwürdiger Beitrag zur Geschichte der lothringischen Expedition wird mir aus einer Quelle gemeldet, welche mich veranlaßt, meine Zweifel an der Wahrhaftigkeit des Mitgetheilten nur vorläufig auszusprechen. Nämlich: Die französische Expedition mußte sich natürlich überall auf die von den Missionen mitgetheilten Thatsachen stützen. Die Berichte der Missionäre (auf die Fragen des Ministeriums) lauteten nun durchweg der Unternehmung sehr günstig. Die Kommandanten fanden aber Alles weniger vorthellhaft. Das mörderische Klima und das schlechte Wasser gehörten nicht zu den schlimmsten Schwierigkeiten. Man schritt zu Unterhandlungen. Wer anders konnte dabei Dolmetscher sein, als die Missionäre? Die bescheidensten Forderungen wurden abgeschlagen. Endlich erfuhr ein Adjutant des kommandirenden Admirals von einem Missionär, daß die Vermittler die Vorschläge und Antworten gefälscht hätten. Das kirchliche Interesse habe dabei das Nationalinteresse überwogen. Rigault de Genouilly soll Klage geführt und den indiskreten Missionär als Zeugen nach Paris mitgebracht haben. Bestätigt sich diese Erzählung, so werde ich Näheres mittheilen können.

[Stiftungsfest des Gesangvereins „Liederkranz.“] Gestern Abends oder vielmehr heute Nachts feierte die hiesige Gesang-Gesellschaft „Liederkranz“ ihr zweites Stiftungsfest. Dasselbe begann um 9 Uhr Abends mit einem Konzert, dem ein großes und ausgezeichnetes Banlett folgte, nach welchem ein tragikomisches Mitternachtspiel gegeben und mehrere komische Szenen und Lieder vorgetragen wurden. Ungefähr 280 Personen wohnten dem Feste an.

Paris, 23. Jan. [Preisvertheilung; Börsenstimmung.] Gestern hat die Vertheilung der Preise an die Zöglinge der polytechnischen und philotechnischen Gesellschaft stattgefunden. Der Minister des Innern hat dabei an die glorreichen Kriegsthaten in Italien erinnert und u. A. gesagt, daß Italien französisch aus Dankbarkeit sein und keiner andern Nation als der französischen den Preis der Freiheit verdanken werde. Von den eingetretenen Bewerbern, sagt er weiter, wolle er nicht reden; Frankreich habe keinen Theil an den Thaten der Anarchie und Unzufriedenheit; es sei gottesfürchtig und ehre den Glauben der Väter; es sei katholisch und nie werde hier die Religion des Respektes und Schüchterns entbehren. Aber Frankreichs Interesse, Ehre, Geleze verdienen auch respektirt zu werden und im Uebrigen könne man der Weisheit und der Aufrichtigkeit des Kaisers vertrauen. — Die Börse hat in Folge verschiedener beunruhigender Gerüchte eine weiche Tendenz. (N. Z.)

Belgien.

Brüssel, 22. Jan. [Die Löwener Wahlen; französische Bestellungen; Eisenbahn.] An dem neuen und glänzenden Siege der Klerikalen in Löwen, wodurch sowohl das Ministerium, als die Majorität der Kammer stark blamirt werden, sind die „jungen Liberalen“ mit Schuld, die sich zum ersten Male bei einem Wahlkampfe mit den Klerikalen gegen die herrschende liberale Partei verbunden hatten. Die Sache war im Voraus bekannt, indem das hiesige Organ des jungen Liberalismus, der „National“, fortwährend gegen die Kandidaten des Ministeriums zu Felde zog, und dem letzteren vorwarf, daß es keine seiner liberalen Versprechungen halte. Nun haben wir das Ende vom Liede. Von 4023 eingeschriebenen Wählern haben 3615 an den Löwener Wahlen theilgenommen; sogar einen Kreis von 90 Jahren sah man, auf seinen Sohn gestützt, sich nach dem Wahlbureau begeben. Das Resultat der Wahlen wurde in dem großen Saale der Dratorien, im Kollegium des Papstes, der gedrängt voller Menschen war, verkündigt und die Namen der Neuwahlten wurden mit unbeschreiblichem Enthusiasmus aufgenommen. Von der Gemeindebehörde waren außerordentliche Maßregeln getroffen worden, um die Ordnung zu erhalten; die Truppen waren in ihren Kasernen konfignirt, aus dem Umgebenden, sogar von Brüssel, hatte man Gendarmen herangezogen, und ein Anschlag des Bürgermeisters bedrohte jeden Friedensstörer mit augenblicklicher Verhaftung. Ebenso waren durch einen Anschlag alle Serenaden, Charivaris oder andere Manifestationen, welche die Ordnung stören könnten, verboten worden. Der größte Theil der Wähler vom Lande wurde in den Häusern der Klerikalen, wo Wein und Bier in Strömen flossen, beherbergt. Die katholische Universität, die zu dem Siege nicht wenig beigetragen hat, bereitet ein großes Fest vor, um den Triumph der Neuwahlten zu feiern. — Von Paris aus sind bei hiesigen Gerichten, die sich mit der Anfertigung von Redefortien für die Montirungen der Kavallerie und der Artillerie beschäftigen, außerordentlich große Bestellungen eingegangen, so daß der Preis dieser Redefortien gleich um 25 Centimen auf den Kilo gestiegen ist. Auch die bayerische Regierung hat sich um Anwerben Musterproben von Riemenszeug für die Artillerie schiden lassen. — Am Mittwoch haben die ersten Arbeiten an der Eisenbahn, die von Lüttich nach Mastrich führen wird, begonnen. (B. Z.)

Italien.

Turin, 18. Jan. [Rüstungen; Verhaftungen in Neapel; ein Klerikaler Skandal; Stimmung in Mailand; Verhinderung.] Die Dinge drängen der Entscheidung entgegen. Alle Anzeichen lassen schließen, daß die Westmächte im Vereine mit Sardinien entschlossen seien, die mittelitalienische Frage zu einem endgültigen Abschlusse zu bringen. Man rüht sich in der Stille für alle Fälle, und wäre es auch für einen letzten entscheidenden Krieg. Indes können wir an ein solch verzweifeltes Spiel von Seiten Oesterreichs und Rom's kaum glauben und hoffen, daß sich beide mit weiser Besinnung dem übereinstimmenden Ausspruch Europa's (V.) beugen werden. Inzwischen ist man in Mittelitalien auf Alles gefaßt. Briefe aus Livorno vom 14. d. melden, daß in Florenz, Modena, sowie in der Romagna die größte militärische Thätigkeit herrsche. Im Laufe der letzten Woche sind in Livorno zwei englische Dampfer mit Waffen von Gibraltar und Malta eingetroffen, während das piemontesische Transportschiff „Dora“ eine Batterie gesogener Geschütze aus Genua brachte. Der Truppenordn. an der päpstlichen Grenze ist verstärkt, kurz keine Vorichtsmaßregeln vernachlässigt worden, um einen allfälligen Handstreich abzuwehren. Auch in Neapel hat die Agitation einen bedeutenden Grad erreicht. Nach einem Privat Schreiben vom 12. Januar haben dort mehrere Verhaftungen stattgefunden, und die Geistlichkeit ist in voller Thätigkeit, um eine Adresse zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes zu Stande zu bringen. In der Zeitschrift „L'Unita“ vom 9. d. der Vater Condiglia mit der Brochüre „Der Papst und der Kongreß“ die Kanzel, und versuchte diese Schrift Zeile für Zeile, Wort für Wort zu widerlegen. Zuletzt steigerte sich die Polemik des frommen Mannes bis zu einem förmlichen Wuthausbruch; er zerriß die Brochüre, ipse sie an und warf sie seinen Gläubigen mit den Worten auf die Köpfe: „daß der verrückte Verfasser mit den Teufeln und Erzherzogen Luther, Calvin, Wetancton in dem ewigen Feuer brennen werde.“ Diese Exclamationen schienen einem Theil der Zuhörer doch etwas zu stark, und man fing in der Kirche zu lächeln und zu pfeifen an. Darauf wurde der Vater noch wilder, schlug wie toll um sich und steigerte durch sein Benehmen dergestalt den Tumult, daß die Polizei einschreiten und die Kirche räumen mußte. Der Baron Compagno, der auch vor Kurzem in Neapel verhaftet wurde, ist dieser Tage ohne alle gerichtliche Prozedur wieder freigelassen worden. — Die Mailänder Journale versprechen sich von der gegenwärtigen politischen Lage der Dinge für Italien den besten Erfolg. Die Unzufriedenheit der Mailänder mit den Maßnahmen der piemontesischen Regierung scheint nur in den Köpfen derer zu spuken, welche eine solche Unzufriedenheit wünschen. Mir liegen alle namhaften Journale aus der Lombardie vor, aber ich vermag darin keine oppositionelle Haltung zu entdecken, wenigstens nicht in dem Sinne, wie diese von den Zeitungen jenseits des Mincio vorgegeben wird. Im Gegentheil, alle Mailänder Blätter legen in die Maßnahmen Sardinien's und der Westmächte, namentlich seit den letzten politischen Wandelungen, großes Vertrauen. — Die „Unione“ erfährt, daß man auch jen-

seits des Mincio nicht untätig sei. Die Oesterreicher sollen mit großer Eile an der Befestigung der Linie Mantua, Rovere, Sernide und Ostiglia arbeiten, welche Punkte am Po, unfern der modenesischen und päpstlichen Grenze, liegen. In Ostiglia ist während der letzten Woche ein österreichischer Generaloberst eingetroffen, welcher mit einer starken Abtheilung Sappeurs die Arbeiten sichtlich beschleunigt. Auch will die „Unione“ erfahren haben, daß die französischen Okkupationsstruppen in der Bombardirung eine Zuabenabtheilung verstärkt worden seien. — Auf der Höhe des Col di Villafranca bei Nizza sind in der Nacht des letzten Sonntags vier russische Marineoffiziere von sechs Räubern angefallen worden. Die Offiziere legten sich aber tapfer zu Wehre, trieben ihre Angreifer in die Flucht und verwundeten zwei davon, wovon einer als Gefangener nach Villafranca gebracht wurde. — Am letzten Sonntag ist auch die neue russische Kirche in Nizza im Beisein der Großfürstin Marie, des Herzogs von Leuchtenberg, des Prinzen Peter von Oldenburg und vieler hoher russischen Gäste feierlich eingeweiht worden. (Pr. Z.)

Turin, 20. Jan. [Das Ministerium; Staldini.] Man sagt, Herr Jacini habe seinen Eintritt ins Ministerium verweigert, Herr Jacini soll bloß die Annahme des Finanz-Portefeuilles verweigert haben, und da dem Grafen Cavour daran gelegen ist, diesen einflussreichen Lombarden in seinem Kabinette zu haben, so dürfte er vielleicht noch eine Umgestaltung seiner Ministerliste vornehmen. Der Ministerpräsident hat seine Reise nach Paris und London nicht aufgegeben, sondern tritt dieselbe an, sobald sein Kabinett konstituir ist. Es handelt sich um die Abtretungsfragen diesseits wie jenseit der Alpen. — Staldini ist hier angekommen und hat das Kommando der Liga-Armee angenommen. (N. Z.)

Florenz, 16. Januar. [Regierungsprinzipien.] Endlich wird hier von Seiten der Regierung eine Sprache geführt, die der Billigkeit aufrichtig Rechnung trägt. „La Nazione“ sagt endlich offen heraus, daß man seit dem 27. April in der That nicht die Freiheit, sondern die Diktatur in Toscana habe; daß man auch jetzt die Freiheit nicht gebrauchen könne, sondern die Diktatur behalten müsse. Es heißt unter Andern: „Die toscanische Regierung hat weiter nichts zu thun, als die Gesetze, welche am 27. April bestanden, aufrecht zu erhalten, sowie sie die provisorische Regierung und der außerordentliche Kommissar des Königs aufrecht erhalten hatte. Und der gelinde Verstand des Landes sagt uns, daß die Regierung wohl gethan hat, indem dies nicht die Zeit ist, die politische Gewalt zu schwächen und zu entwaffnen; indem dies nicht die Zeit ist, die Wirksamkeit der Regierung zu hindern, indem dies nicht die Zeit ist, die Prinzipien der Freiheit anzuwenden, welche eines Tags unser Staatsrecht sein werden.“ Noch am 10. Januar sagte der Ministerpräsident Niccolosi in einem Zirkular an die Präfekten des Landes: „Die Regierung, welche volles Vertrauen in die Prinzipien der Freiheit hat, nach denen alle ihre Handlungen ausgeführt werden (dai quali sono informati tutti i suoi atti) will, daß die Kommunalvertretungen mit gänzlicher Unabhängigkeit von ihren Befugnissen Gebrauch machen.“ Der heutige „Monitore Toscano“ bringt ein Zirkular des Kriegsministers an die neuen Plakkommandanten, deren Gewalt sich über alle Gemeinden des ganzen Staats erstreckt. Es heißt in demselben: „Heute, wo die Freiheit alle Institutionen belebt, mußte sie auch ihren wohlthätigen Einfluß auf die Institution der Plakkommandos üben. Durch das Dekret vom 30. Dezember sind die Militärkommandos der Provinzen, Kreise und Festungen, ebenso viele Centralpunkte für die Gerechtigkeit geworden, welche unter dem direkten Einfluß des Ministeriums das Militärsystem des Landes entwickeln müssen. So wird die Wirksamkeit der Militärautorität in schöner Harmonie mit der Wirksamkeit der politischen und der municipalen Autoritäten stehen, sich mit ihren wohlthätigen Einflüssen auf ganz Toscana ausgießen, und dazu beitragen, daß die ausgezeichnete Zivilisation dieses Landes noch köstlicher und noch schöner werde, weil sie stark konstituir ist.“ Und weiter: „Mögen die Plakkommandanten immer die Werke gegenfeitiger Hilfe für die politischen und Gemeindegewalten sein u. s. w.“ Endlich heißt es, daß die Plakkommandanten als Beisitzer des militärischen Rechts und der militärischen Disziplin dafür sorgen mögen, daß dieses Recht und diese Disziplin besonders bei den Operationen der Refrutenaushebung, sowie bei denjenigen zur Geltung kommen, die sich auf die Maßnahmen für die allgemeine Sicherheit erstrecken. Zum Schluß wird die äußerste Strenge in Aussicht gestellt, im Fall etwa ein Plakkommandant, sei es in militärischer, sei es in politischer Beziehung, nicht den gebührenden Eifer bethätigt. Die „Nazione“ schließt ihren erwähnten Artikel mit den Worten: „Man mußte zwischen zwei verschiedenen Systemen wählen (Freiheit oder Diktatur), und die Wahl wurde getroffen (die Diktatur). Jetzt ist es nicht mehr am Orte, darüber zu streiten, die Thatsache wird durch die Erfahrung von 1848 gerechtfertigt.“ (N. Z.)

Florenz, 17. Jan. [Englische Fregatte salutirt.] Der „Patrie“ wird geschrieben: Diesen Morgen ist in Livorno eine schöne englische Fregatte auf der Rede erschienen; sie salutirte die Stadt, welche Schuß um Schuß den Gruß erwiderte. Das geschah absichtlich, denn ich erinnere mich wohl, daß seit der Abreise des Großherzogs die englischen Schiffe ein Gleiches nicht gethan haben. Die Stadt hat denn auch diese einfache Thatsache als ein Unterpfand besserer Meinung Seitens des englischen Gouvernements aufgenommen. Man erkennt hieraus auch die Lage der Dinge. Die letzte Annäherung zwischen dem Kabinette von St. James und dem kaiserlichen Gouvernement ist diesem Besuche wohl ebensowenig fremd, als diesem guten Vorgehen gegen Toscana.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. Jan. [Die Westmächte und China; Statistisches; Erdbeben; aus Persien.] Die „Nordische Biene“ bringt einen Leitartikel gegen den beabsichtigten Feldzug der Westmächte in China. Sie glaubt, daß die Differenzen mit den Chinesen hauptsächlich daher rühren, daß die Europäer mit der Sprache, den Einrichtungen und Sitten der Chinesen zu wenig bekannt sind, und daß ein friedlicher Verkehr weit ersprießlicher sei. Es ist nur zu wünschen, daß die Russen nicht auch einmal die Unzulänglichkeit aller friedlichen Hülfsmittel im Verkehr mit den Chinesen kennen. — Nach einer von dem Akademiker Köppen gegebenen Mittheilung umfaßt Rußland jetzt mit Einschluß der neu erworbenen Gebiete in der Mandchurei 393,000 Quadratmeilen mit 67 1/2 Mill. Einwohner. Der bevölkerteste Distrikt dieses ungeheuren Reiches ist das Gouvernement Moskau mit 5354 Seelen auf die Quadratmeile, der wenigst bevölkerte Kam. — Die statistischen Untersuchungen über die Verhältnisse der Gutsbesitzer in den einzelnen Gouvernements, welche wegen der Emanzipationsangelegenheit geführt worden sind, werden, sobald sie einmal bekannt sind, sehr interessante Daten ergeben. So berichtet die offizielle Gouvernements-Zeitung aus Kaluga, daß von dem Seelenbesitz in diesem Gouvernement, der 317,940 Seelen umfaßt, die Nachrichten über 1771 Güter mit 241,358 Seelen eingegangen sind. (Die übrigen fehlten noch bei Abfassung der Berichte.) Ungefähr die Hälfte der Güter hat 1—100 Seelen, die andre Hälfte mehr als 100, ein Besitzer hat 12,098 und einer 13,597 Seelen. Der Boden des Gouvernements beträgt 1,498,594 Dessätinen, wovon auf den adligen Grundbesitz der oben erwähnten 1771 Güter 629,793 Dessätinen, also auf die Seele 2 1/2 Dessätinen kommen. — In Kopal, unfern des Ballhasch-See's, hat am 29. Nov. ein Erdbeben stattgefunden, das jedoch keine Verheerungen angerichtet hat. — Der Schah von Persien hat nach dem „Rawlas“ einen Minister-rath und einen Rath von 24 Mitgliedern zur Besprechung wichtiger Staatsangelegenheiten gebildet. Letzterer soll sich zunächst mit einer Kleiderordnung befassen. In dem Erlaß wird die europäische Sitteneinsachtheit als Muster vorgehalten. (Schl. Z.)

Dänemark.

Flensburg, 21. Jan. [Ständeversammlung.] Bei

Eröffnung der Ständeversammlung des Herzogthums Schleswig wurde gestern der Probst Døem von Fehmern einstimmig zum Präsidenten erwählt. Die Wahl des Vizepräsidenten fiel mit 25 gegen 12 Stimmen auf den Hüfener Hansen v. Grumbøe. Das bemerkte Stimmenverhältniß bezeichnet zugleich die Stärke der deutschen und der dänischen Partei, welche letztere den Probst Hansen v. Guesby zu ihrem Kandidaten aufesehen hatte. — In der heutigen Sitzung der schleswigschen Ständeversammlung erfolgten durch den k. Kommissar die Vorlagen von 19 neu ausgearbeiteten Gesetzentwürfen. Eine königl. Eröffnung auf die Anträge der letzten Ständeversammlung vom Jahre 1856—57 wurde auch diesmal vergebens erwartet; ebenso die mit Bestimmtheit verheißene Vorlage in Betreff der Zurücknahme der Sprachrevisio. Nach beendigtem Vortrage des königl. Kommissars ergriff der Abgeordnete Schmidt-Friedensthal das Wort, um nach vorher vorausgeschickter Bemerkung: „die Ständeversammlung verneine ein Recht zu haben, auf ihre Anträge aus der vorjährigen Diät eine Antwort zu erhalten“, die Anträge an denselben zu richten, ob und wann die Versammlung einer solchen Eröffnung werde entgegensehen dürfen. Der kgl. Kommissar erwiderte, daß er sich außer Stande befinde, diese Frage zu beantworten, in dessen seinerseits der persönlichen Ansicht sei, daß eine solche Eröffnung allerdings erfolgen werde, da das Gesetz dieses ausdrücklich vorschreibe. Die Ständeversammlung befindet sich also jetzt, beim Wiederbeginn ihrer Arbeiten, in der eigenthümlichen Lage, nach Verlauf von drei Jahren noch immer nicht zu wissen, ob sie durch ihre früheren Anträge auch nur so viel errichtet hat, sich mit der Hoffnung schmeicheln zu dürfen, auf solche eine Antwort zu erhalten. Bei Gelegenheit des gestrigen Antrittsbüchers des königl. Kommissars ist es leider zwischen den Abgeordneten und verschiedenen anderweitig eingeladenen Gästen dänischer Nationalität zu Händeln gekommen, in Folge welcher sich heute der Hofjägermeister v. Ahlesfeldt, der Gutsbesitzer Schmidt-Friedensthal und der Graf v. Baudissin zum königl. Kommissar begeben haben, um im Namen der Versammlung Erklärung zu verlangen und wegen der vorgefallenen Insulten Genugthung zu fordern. (Pr. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. Jan. [Aufhebung des Kirchenverbandes.] Die von der schwedischen Regierung erlassene Verordnung, welche den Kirchenverband aufhebt, ist mit sehr gemischten Gefühlen von der schwedischen Geistlichkeit aufgenommen worden. Die schwedische „Kirchenzeitung“ hält dieselbe für einen schwereren Angriff auf die Prälaten, als ein solcher seit Jahrzehnten geführt worden ist. Das Beispiel, welches der dänische Reichstag im Vorgehen gegen jegliche Spur hierarchischer Gelüste und gegen eine privilegierte Stellung der einzelnen Geistlichen seit Jahren gegeben hat, feuert die schwedische Presse zum Nachahmen der Nachahmung an, und einer Betheiligung der Gemeinde an der Predigerwahl, der Aufhebung der Konfirmation und der Betheiligung der Laien an der Leitung kirchlicher Angelegenheiten wird zur Zeit in den liberalen Organen derselben das Wort gesprochen.

Türkei.

Belgrad, 6. Januar. [Einziehung von Gehalten; Steuza; serbische Flagge.] Der „Dem. Z.“ wird von hier geschrieben: Der Fürst hat befohlen, sowohl den im Auslande weilenden gewesenen Sekretär im Finanzministerium, Milovan Zankovic, als auch dem gewesenen Adjunkten im Ministerium des Innern, Sefrem Gruic, die Gehaltsbezüge einzustellen. — Der Senatspräsident Steuza soll schon seit acht Tagen dem Fürsten Milosch keine Visite abgestattet haben, was um so auffallender ist, da er gewöhnlich jeden Tag viele Stunden als kontinuierlicher Rath im Konrat zubrachte. — Am Neujahrstage a. St. wurde zum ersten Mal, auf Befehl des Fürsten Milosch, am Stiel des Kronas die serbische Flagge aufgehißt. Es ist eine roth-blau-weiße Triflore, mit vier goldenen Sternen im obersten rothen und mit dem serbischen Nationalwappen im blauen Mittelfelde. Das Recht einer eigenen Flagge soll dem Fürstenthum Serbien durch zwei Hermene gewährt sein; einer vom Monale Schaban 1251 (1835), der zweite vom Monale Schemwal 1254 (1838).

Belgrad, 13. Januar. [Deputation beim Fürsten Milosch.] Gestern, zum Jahreschlusse, wurde die Deputation, welche den Fürsten um eine Aenderung in der Besetzung der höheren Staatsämter ersuchte und um Wiederanstellung von Gruic und Zankovic bat, in sehr entschiedener Weise abgewiesen: Er sei Fürst und Herrscher und die nie enden wollenden Ränke und Verfolgungen seien der Hauptgrund, der ihn bestimme, die Stadt Belgrad und ihre Bewohner zu verlassen und in dem friedlichen Kragujevac seine künftige Residenz aufzuschlagen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 18. Jan. [Erlaß zu den Wahlen; Lesezungen für die russische Armee; kath. Gesellenverein.] Von Seite des Ministeriums des Innern ist an alle Landesadministratoren der Auftrag ergangen, daß sie bei den gegenwärtigen Wahlen der Landesdeputirten sich der strengsten Unparteilichkeit zu befleißigen haben; dem Beamten, welcher seine persönliche Meinung nicht aufopfern könne oder wolle, stehe es frei, für die Zeit des Wahltermins aus seiner Stelle zu treten, ohne derselben für immer verlustig zu werden, ein solches zeitweises Zurücktreten solle im Gegentheil als Beweis von Loyalität und lobenswerther Gewissenhaftigkeit angesehen werden. — Alle, die während der letzten russischen Okkupation für die russische Armee Lieferungen gemacht haben, wurden aufgefordert, ihre Quittungen binnen zwei Monaten im Ministerium der Kontrolle einzureichen, da sie später nicht mehr angenommen werden. — Der hiesige kath. Gesellenverein scheint sich aus den vielen kleinen und größeren Schwierigkeiten, mit denen er bisher zu kämpfen hatte, allmählig siegreich herauszuarbeiten.

Asien.

Bombay, 27. Dez. [Dschung Bahadur und die Rebellen.] Dschung Bahadur, dessen Treue wiederholt verdächtigt worden war, hat sich vollkommen bewährt. Während die englischen Truppen an der nipalschen Grenze einen dichtgeschlossenen Kordon bildeten, führte er Ende November seine Truppen gegen die letzten Reste der auf seinem Gebiete befindlichen Rebellen. In kürzester Zeit waren diese geschlagen, zerstreut und gefangen, so daß auch auf diesem Punkte der letzte Funke des großen indischen Aufstandes erloschen ist. Rana Sahib soll wirklich schon seit vielen (Fortsetzung in der Beilage.)



Wochen todt sein, die anderen Führer nebst ihrem Anhang (2 bis 3000 Mann) befinden sich im Gewahrsam bei den englischen Truppenabtheilungen.

Kalkutta, 18. Dez. [Feuersbrunst im Lager.] In der Nacht vom vorigen Sonntag ward das Lager des General-Gouverneurs durch eine Feuersbrunst verzehrt.

Amerika.

Newyork, 7. Jan. [Gefangene Indianer; Cortinas; flüchtige Neger; San Juan.] Nachrichten aus Californien vom 16. Dez. melden, daß es General Ribbe gelungen war, zu Pitt-River 450 Indianer gefangen zu nehmen.

Brasilien. — [Warnung für Auswanderer.] Die „Brasilia“ vom 20. Nov. erzählt folgenden warnenden Vorfall: Vom 8. auf den 9. d. lief die portugiesische Barke „Nova Lima“ (224 Tonnen Gehalt) in Rio's Hafen ein und hatte nahe an 400 Menschen an Bord.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 24. Jan. Die Kommission des Herrenhauses zur Verabreichung der Mittel für die Anerkennung der Nothzivilrechte geneigt, nicht für die von der Regierung vorgeschlagene, und vom Abgeordnetenhaus bereits im vorigen Jahre adoptirte salutarische Zivilrechte.

[Zur Statistik des Hauses.] Das Verzeichniß der Mitglieder des Herrenhauses, welches jetzt im Druck erschienen ist, enthält im Ganzen 230 Namen; darunter befinden sich 3 Herzöge, 26 Fürsten, 1 Oberburggraf, 1 Reichsgraf, 75 Grafen, 23 Freiherren, 56 Edelleute und 45 bürgerliche Mitglieder.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. Jan. [Die Gültigkeit jüdischer Ehen.] Nach §. 14 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden trifft die bürgerliche Gültigkeit der jüdischen Ehen mit dem Zeitpunkte der Eintragung in das vom Richter geführte Register ein.

Ehe zu begründen. Sofern die vorbezeichnete Eintragung in das gerichtliche Register nicht vorangegangen ist, oder aber noch hinzutritt, bleibt daher eine solche Verbindung ohne den gesetzlichen Schutz und die rechtlichen Wirkungen einer zu Recht bestehenden Ehe.

R. Posen, 25. Jan. [Die Wahlbezirke.] Wir haben gestern die Abänderungen mitgetheilt, welche die Wahlbezirke unserer Provinz nach dem betr. Gesetzesentwurf erfahren haben.

\* \* \* Meseritz, 24. Januar. [Kreis-Sparkasse; Einführung; falsches Geld; kirchliche Statistik; Unglücksfälle.] Nach dem vom Kuratorium der Kreis-Sparkasse aufgestellten Verwaltungsbericht betrug die Einnahme im verfloßenen Jahre 2859 Thlr., darunter Kapitaleinlagen 2574 Thlr.; die Ausgabe 2704 Thlr., darunter 1768 Thlr. zurückgezählte Einlagen.

r Wollstein, 24. Jan. [Geschäftliches.] In Folge des gelinden Winters und der auch bei uns immer mehr in Aufnahme kommenden Heizung mit Torf erhält sich das Brennholz in sehr mäßigem Preise.

z Bromberg, 24. Jan. [Schwurgericht; Vieurtemps.] Am 20. d. M. wurde vor dem Schwurgerichte ein Prozeß gegen den Einlieger Valentin Szegupski aus Popielewo wegen Brandstiftung verhandelt.

Z Nowarclaw, 24. Januar. [Kirchliche Statistik; Kirchenbau; Verschiedenes.] Die hiesige Superintendentur gewinnt einen immer größeren Umfang. Seit 1856 allein haben sich zwei neue Parochien gebildet, und zwar Kwieczewo mit 597 und Lufensfelde mit 1098 Seelen.

mer größeren Umfang. Seit 1856 allein haben sich zwei neue Parochien gebildet, und zwar Kwieczewo mit 597 und Lufensfelde mit 1098 Seelen, so daß hieher nunmehr 8 Parochien mit 22,419 Evangelischen und 50,745 Katholischen gehören.

Personal-Chronik.

Posen, 18. Jan. [Personalveränderungen] bei den Justizbehörden im Departement des Appellationsgerichts zu Posen für den Monat Dezember 1859. Bei dem Appellationsgerichte: der Appellationsgerichts-Referendarius Fromm ist aus dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Bromberg, der Auskultator Fendler aus dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Breslau und der Auskultator Göbel aus dem Bezirke des ostpreussischen Tribunals zu Königsberg in den diesseitigen Bezirk übergegangen.

Angewandte Fremde.

Vom 24. Januar. HOTEL DE PARIS. Frau Gutsh. Szabner aus Szabno, die Kaufleute Gindpeter aus Joachimsthal und Lewin aus Wozgrowski. HOTEL DE BERLIN. Gutsh. v. Zablocki aus Bardo, Apotheker Seibolt aus Rogasen, Maurermeister Nitsche aus Braustadt, Dekan Talski aus Dornau und Probst Franko aus Popowo.

Vom 25. Januar. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Fräulein Krügel aus Glogau, die Kaufleute Schütz, Girshberg und Neumann aus Berlin, Pfeiffer aus Frankfurt a. M., Gramer aus Brandenburg, Hanke aus Breslau und Braun aus Kempen. HOTEL DU NORD. Kreisrichter Lohmann aus Rawicz und Frau Gutsh. v. Bilgyska aus Krzyzanowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf. Königlichs Kreisgericht zu Schrimm, den 3. Oktober 1859.

Das der Wittve und Erben des Woyciech Walicki gehörige adeliche Gut, aus dem Dorfe und Vorwerke Jaroslawki, und dem Vorwerke Obreda, hiesigen Kreises bestehend landschaftlich mit den auf 30,738 Thlr. 21 Sgr. 11 Pf. gewürdigten Forsten, abgetheilt auf 55,593 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 31. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei Gericht zu melden.

Alle unbekannteren Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Nothwendiger Verkauf. Kreisgericht zu Schroda. Erste Abtheilung. Das dem Ignaz Wielogosewski gehörige,

in Libartowo sub Nr. 1 belegene Erbpachtvorwerk, abgetheilt auf 9551 Thlr. 21 Sgr. 11 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

1. Juni 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden. Schroda, den 31. Oktober 1859.

Öffentliches Aufgebot. Auf dem Territorio des dem Kaufmann Götz Cohn gehörigen Rittergutes Zatzewo sind 10 Stück holländische Dukaten und jedes mit dem Gepräge aus den Jahren 1751 bis 1782 gefunden worden.

Alle diejenigen, welche Ansprüche daran zu haben behaupten, werden hiermit aufgefordert, bei Verlust ihrer Rechte und unter der Verwarnung, daß, falls sie sich nicht melden sollten, die genannten 10 Stück Dukaten dem Finder, Kaufmann Götz Cohn, zum Eigenthum wird zugesprochen werden, sich binnen 4 Wochen, oder spätestens in dem auf

den 3. März 1860 Vormittags 10 Uhr vor dem Herrn Kreisrichter Döring anberaumten Termine zu melden und ihr Eigenthumsrecht nachzuweisen.

Pleschen, den 17. Dezember 1859. Königl. Kreisgericht. Abtheilung I.

In der an der Chaussee belegenen Stadt Kur-Jank ist eine Brandstelle, wozu vollständige Hintergebäude und ein großer Obstgarten gehören, unter billigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres in der Wechselhandlung Breitstraße Nr. 22 in Posen.

Gutsverkauf. Mein im Nowarclawer Kreise, unsern des Goplo Sees gelegenes Gut Chelmiecki, von 1120 Morgen Flächeninhalt, wegen Ertragsfähigkeit seines Bodens und seiner freundlichen Lage bekannt, bin ich nicht abgeneigt, aus freier Hand zu verkaufen.

Chelmiecki, den 6. Dezember 1859. Heinz, Kreisger. Rath a. D.

Der kleine Bestand von Mänteln, Säcken und Mantillen wird zu billigen Preisen abgegeben.

Ballroben sollen gänzlich geräumt werden. Anton Schmidt. (Modewaaren-Lager.)

Den Herren Forst-, Guts- und Gartenbesitzern die ergebene Anzeige, daß der 18. Jahrgang unseres Katalogs über Wald-, Feld-, Gemüse- und Blumenamen letzter Ernte zu den billigsten Notirungen so eben erschienen ist, und daß wir denselben auf portofreie Anfrage franco zusenden. Die land- und forstwirtschaftliche Samenhandlung von J. Ponge & Co. in Berlin, Mühlendamm 1.



